Nr. 203 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 29. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigen: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 74 mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.— Für Tabellen- oder Ziffernsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % ... Briefgebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10; B mit „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.85, vierteljährl. M. 5.55. Postbezug im Ausland s. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.50. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 19 828, 13 638, 13 897, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Zur Rückkehr der Gefangenen

+ Coblenz, 28. Juli. (Priv.-Tel.) Der kommandierende General der amerikanischen Besatzungsheere hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben gerichtet, worin er die demnächst erfolgende Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in sichere Aussicht stellt und bereits mitteilt, daß der Empfang der Kriegsgefangenen in der amerikanischen Besatzungszone sich auf den Familienempfang zu beschränken habe. Offizielle Empfänge, öffentliche Versammlungen oder politische Aufklärung der Kriegsgefangenen seien im besetzten Gebiet nicht gestattet.

Der Gegenangriff Helfferichs

* Berlin, 28. Juli. In der „Kreuzzeitung" schreibt heute früh unter der Ueberschrift „Erzbergers Volksbetrug" der ehemalige Staatsminister Dr. Helfferich folgendes:

Die Veröffentlichung des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis und des Generals Ludendorff, meine eigenen Feststellungen in der „Kreuzzeitung" vom letzten Sonnabend sowie meine weiter angestellten Nachforschungen gestatten ein in den großen Zügen vollständiges und unanfechtbares Urteil über den Erzbergerschen Vorstoß, obgleich der Wortlaut der Depesche der britischen Regierung an ihren Vertreter beim Vatikan, die das „englische Friedensangebot" enthalten haben soll, immer noch nicht veröffentlicht ist, und obgleich auch eine Aeußerung des für die diplomatische Behandlung der Angelegenheit sachlich in erster Linie verantwortlichen Herrn v. Kühlmann noch fehlt. Ich kann heute im Zusammenhang folgendes feststellen:

1. Das Telegramm des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan, auf dessen Veröffentlichung im ungekürzten Text und in der Ursprache unter allen Umständen bestanden werden muß, war in der Tat nichts andres als eine Stellungnahme des Foreign Office zu der Friedensnote, die der Papst am 1. August an alle kriegführenden Mächte gerichtet hatte. Das Telegramm war also kein Schritt auf der Initiative der englischen Regierung.

2. Der Inhalt des Telegramms war nichts weniger als ein Friedensangebot. Er unterschied sich kaum von der unverschämten Antwort, die von den Entente-Mächten am 10. Januar 1917 auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson erteilt worden war, und die im deutschen Volke bei allen Parteien, sogar bei Herrn Erzberger, einhellige und entrüstete Ablehnung fand.

3. Der ernste Wille des Papstes, den Frieden herbeizuführen, hat diesen den kaum aussichtsvollen Versuch unternehmen lassen, durch eine Erkundung der deutschen Absichten über Belgien die Friedenssache vorwärts zu bringen.

4. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen haben den Brief des Nunzius, in dem die deutsche Regierung um eine Klarlegung ihrer Darstellung zur belgischen Frage ersucht wurde, zum Anlaß genommen, in dem Kronrat vom 11. September eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen, die ihnen für die bedingungslose Wiederherstellung der belgischen territorialen Integrität und der vollen belgischen Souveränität für den Zweck der Einleitung und Durchführung von Friedensverhandlungen vollkommen freie Hand gab.

5. Reichskanzler und Staatssekretär, die zwar geneigt waren, an die — nicht vorhandene — englische Initiative auf Grund der Mitteilungen des Nunzius zu glauben, waren auf Grund des Wortlautes der Depesche des Foreign Office und andrer Wahrnehmungen skeptisch in Bezug auf die Ehrlichkeit des britischen Willens zu einem Verständigungsfrieden. Eine Nachprüfung dieses britischen Verständigungswillens erschien vor einer Festlegung eines Verzichtes auf Belgien erforderlich. Diese Nachprüfung wurde aus den von Herrn Michaelis angegebenen Gründen, die teilweise in der Indiskretion des Herrn Erzberger lagen, auf anderm Wege als über den Vatikan versucht. Die für diesen Zweck gewählte neutrale Vertrauensperson wurde dahin informiert, daß Voraussetzung für die Friedensverhandlungen sei: die Erhaltung unsres Besitzstandes vor dem Kriege, einschließlich der Kolonien, die Abstandnahme von Kriegsentschädigung und der Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, also das Programm der Juli-Resolution.

6. Die Nachprüfung der britischen Friedensbereitwilligkeit und Verhandlungsbereitschaft hatte ein negatives Ergebnis. Das Fehlen jeder britischen Initiative zu einem Friedensschritt und die gänzliche Abneigung Englands und seiner Verbündeten, mit Deutschland dessen Kriegsziele auch nur zu diskutieren, läßt sich nachkontrollieren an Hand der russischen Geheimdokumente.

Ueber den vorliegenden Fall hat der russische Geschäftsträger in London an seine Regierung berichtet: „Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland und machte folgende streng vertrauliche Mitteilung: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die großbritannische Regierung ist nach dem Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen, oder aber mit möglichster Vorsicht zu beantworten. Der erste Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Festigung ihrer eigenen Stellung in Deutschland auszunutzen, und, was noch wichtiger ist, die Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünscht. Die großbritannische Regierung wird daher durch ihren Botschafter in Madrid folgende Antwort geben: Die Regierung S. M. wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünscht und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten... Bei der Beratung dieser Frage sind wir zu dem einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestärkt die in meinem Telegramm Nummer 761 ausgesprochenen Befürchtungen (!)."

Dieser Bericht ergibt: eine vermeintlich aus deutscher Initiative hervorgegangene Anfrage wegen der Möglichkeit von Friedensverhandlungen wird nur aus taktischen Rücksichten nicht einfach unbeantwortet gelassen. Man erklärt nicht, daß man zu Verhandlungen bereit ist, sondern man will sich darauf beschränken, eine deutsche Mitteilung entgegenzunehmen und mit seinen Verbündeten zu beraten. Man will sich um keinen Preis in eine Prüfung der deutschen Friedensbedingungen „hineinziehen" lassen. Man ist eben entschlossen, die eigenen Friedensbedingungen Deutschland einfach aufzuerlegen. Zum Schluß sagt Helfferich: Wenn Herr Erzberger als eine der ganz wenigen Personen, die — im Gegensatz zu den meisten Staatssekretären und zu der Obersten Heeresleitung — den Briefwechsel Pacelli-Michaelis damals schon kannte und in ihm die Einleitung eines ersten britischen Friedensversuches sah, warum hat dann der mächtige Abgeordnete sich eine seinem Wesen gänzlich fremde Zurückhaltung auferlegt? Warum hat er nicht eingegriffen, um das Unheil zu verhüten oder wieder gutzumachen? Warum hat er nach wie vor seine schützende Hand über den für die Behandlung des Pacelli-Briefes verantwortlichen Staatssekretär von Kühlmann gehalten? Das ganze Vorgehen Erzbergers ist nichts als ein gewissenloser und niederträchtiger Volksbetrug von einer vorbildlosen Dreistigkeit, ein Volksbetrug, der dem bisherigen unverantwortlichen Treiben des Reichsverderbers die Krone aufsetzt.

(Zu diesen scharfen Angriffen und Gegenangriffen Stellung zu nehmen, ist zwecklos, solange nicht das ganze Material über diese Vorgänge veröffentlicht ist. Vorläufig hat sich weder Erzberger von dem Vorwurf gereinigt, daß er durch seine Indiskretion unsre Friedensaussichten geschwächt habe, noch aber haben die alten Regierungsmänner beweiskräftig dargetan, daß sie 1917 das deutsche Volk nicht um einen besseren Frieden betrogen haben. Zur Aufklärung dieser für unsern inneren Frieden wichtigsten Angelegenheit ist eine Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke erforderlich und vor allem eine ausführliche Verhandlung des ganzen Prozesses vor dem deutschen Staatsgerichtshof. Durch persönliche Angriffe der mehr oder weniger schuldbewußten Persönlichkeiten werden diese Vorgänge nie geklärt werden.)

*

Eine Erklärung des Grafen Czernin

* Wien, 28. Juli. (Priv.-Tel.) Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm aus Grundlsee vom 27. d. M. nachmittags 4.10 Uhr zugegangen: Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt. Dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in dem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Erzberger übergeben, der ihn nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich feststellen, daß Erzberger bona fide vorging und der begründeten Ueberzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unsrer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich seine Darstellung, wie vieles andre gar nicht Erwähnte, durch Dokumente beweisen, die in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Umfang ich erst ein Jahr später entdeckte und die meine Demission veranlaßte. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Die Vorgänge des 9. November in Spa

Die „Kreuz-Ztg." veröffentlicht über die Vorgänge des 9. November eine Darstellung, für deren Richtigkeit Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Generaloberst v. Plessen, Staatssekretär a. D. v. Hintze, General v. Marschall und General Graf Schulenburg nach der Versicherung des Blattes die volle Bürgschaft übernehmen. Wir geben aus dem langen Bericht die wichtigsten Stellen wieder:

Der preußische Minister des Innern, Drews, kam am 1. November 1918 nach Spa, um dem Kaiser im Auftrage des Reichskanzlers Prinz Max von Baden über die innere Lage und die in der Presse weitverbreitete Forderung der Abdankung des Kaisers Vortrag zu halten. Dem Vortrage wohnten Hindenburg, Generaloberst v. Plessen und Generalleutnant Groener bei. Auf Befehl des Kaisers, sich zu äußern, wies der Feldmarschall die seiner Meinung nach aus dem Vortrage zu folgernde Abdankungsforderung in kurzen Worten auf das Nachdrücklichste zurück. Ein Gleiches tat General Groener. Der Kaiser wies das Ansinnen, abzudanken, entschieden zurück und beauftragte den Minister, dem Reichskanzler zu melden, daß er pflichtgemäß auf seinem Posten bleiben werde.

Am 5. und 6. November war der General Groener in Berlin anwesend und gewann hierbei den Eindruck, daß die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen angesichts der Entwicklung in der Heimat kaum länger werde aufgehalten werden können, lehnte es jedoch als Offizier mehrfachen Anforderungen gegenüber ab, den Kaiser zu diesem Schritt zu veranlassen. Der Kaiser war angesichts der offenbar immer mehr zunehmenden revolutionären Bewegung fest entschlossen, nicht nachzugeben, in der klaren Erkenntnis, daß seine Abdankung die Zersetzung von Volk und Heer nach sich ziehen würde und äußerte am 8. November vormittags beim Vortrage die Absicht, an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen. General Groener erhielt Befehl, diese Operation vorzubereiten.

Angesichts der (inzwischen eingetretenen) Verhältnisse bezeichnete General Groener den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als aussichtslos. Bestimmend hierfür war, daß nicht mehr alle Truppen bereit und geeignet waren, gegen die Revolution in der Heimat zu kämpfen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg schloß sich schweren Herzens dem, auf sorgfältigster Prüfung der Verhältnisse beruhenden Urteil des Generals Groener pflichtgemäß an. Generaloberst v. Plessen vertrat dagegen den Standpunkt, daß es für den Kaiser und seine Armee ausgeschlossen sei, sich einer Handvoll von Revolutionären zu fügen.

Am 9. November vormittags 10 Uhr fand beim Kaiser der militärische Vortrag über die Lage durch den Generalfeldmarschall und General Groener statt. Zu Beginn des Vortrages bat der Generalfeldmarschall den Kaiser um seine Entlassung. Der Kaiser behielt sich die Entscheidung vor. General Groener erklärte den Gedanken einer Unternehmung des Feldheeres gegen die Heimat für undurchführbar. Der Generalfeldmarschall stimmte dieser Anschauung bei. General Graf Schulenburg führte aus, die Lage sei zu schwarz geschildert. Es gäbe nur einen Gedanken: Waffenruhe. In acht bis zehn Tagen würde eine genügende Truppenmacht verwendungsbereit sein. Generaloberst v. Plessen teilte die Auffassung des Generals Schulenburg.

Der Feldmarschall und General Groener konnten sich diesen Ratschlägen nicht anschließen. Der Bürgerkrieg würde durch dieselben keineswegs vermieden. Die Forderung schnellen und energischen Handelns stände im Widerspruch mit der zugleich betonten Notwendigkeit, den Truppen zunächst Ruhe zu gewähren. Während solcher Frist würde die Revolution in der Heimat und die Zersetzung im Heere nur wesentliche Fortschritte machen; auch würde die Entente schwerlich Zeit für diese Ruhepause lassen. Ein rasches Vorgehen über Aachen gegen den Unterrhein sei bei den Schwierigkeiten des Herauslösens und Zusammenziehens etwa noch geeignet gebliebener Verbände aus der weiten Aufstellung in der belgisch-französischen Front unausführbar. Aber auch in acht bis zehn Tagen wäre eine derartige Bereitstellung unmöglich. Mit einer Teilunternehmung über Aachen sei diese Sache außerdem nicht abgetan. Sie wäre nur das Vorspiel größerer Kämpfe gegen Osten und Westen, für deren Durchführung die Kräfte fehlten. Das Chaos sei unvermeidlich.

Der Kaiser entschied schließlich dahin, daß der Gedanke, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wieder zu erobern, aufzugeben sei. Dagegen sprach er die Absicht aus, nach geschlossenem Waffenstillstand in friedlicher Weise an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzukehren. Auch diesen Gedanken hielt der General Groener nicht für ausführbar, weil sich die ganze Revolution unmittelbar gegen die Person des Kaisers gewandt hätte. Graf Schulenburg widersprach dem. Er glaubte im Namen aller Generale der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz das Gegenteil versichern zu können.

Erst gegen Ende dieses Vortrages traf die erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichskanzlei in Berlin ein. Die Aufforderungen wiederholten sich alsdann mit immer größerer Dringlichkeit. Der Kaiser begab sich mit den Anwesenden in den Park. Dort wurden die weiteren Beratungen fortgesetzt. Im Garten erschien auch der Kronprinz, der den Kaiser bat, die Armee nicht zu verlassen, sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, mit der er den Marsch in die Heimat in Sicherheit ausführen könne. Ferner erschien Oberst Heye von der Obersten Heeresleitung, um dem Kaiser Meldung von dem Ergebnis einer Besprechung mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Gallwitz zu erstatten. Oberst Heye meldete dem Kaiser: „Die Truppe ist Eurer Majestät noch treu ergeben, aber sie ist müde und gleichgültig, will nur Ruhe und Frieden haben. Gegen die Heimat marschiert sie jetzt nicht, auch nicht mit Eurer Majestät an der Spitze. Sie marschiert auch nicht gegen den Bolschewismus; sie will einzig und allein bald Waffenstillstand haben, jede Stunde früher ist daher wichtig." Der Kaiser fragte nun, ob die Armeen auch ohne ihn geordnet nach Hause marschieren würden. Oberst Heye antwortete mit den Worten: „Das Heer marschiert unter seinen Generalen allein geordnet nach Hause; es ist in dieser Beziehung noch fest in der Hand seiner Führer. Und wenn Eure Majestät mit ihm marschieren, so ist das der Truppe recht und ihr eine Freude. Nur kämpfen will das Heer nicht mehr, weder nach außen noch nach innen."

Währenddessen liefen fortgesetzt die Ferngespräche aus Berlin ein, in denen auf Abdankung gedrängt wurde. Zur Begründung der Aufforderung zu sofortiger Abdankung wurde von der Reichskanzlei geltend gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfänden. Als Grund für die sofortige Abdankung, die jetzt auch von den bürgerlichen Regierungsmitgliedern für unvermeidlich gehalten wurde, wurde weiter angegeben, daß dieser Schritt die einzige Möglichkeit sei, die Dynastie zu retten. Der Entschluß müsse sofort gefaßt werden, es handle sich nicht um Stunden, sondern um Minuten. Staatssekretär v. Hintze erhob Einspruch gegen diese Art des Drängens auf Abdankung und sprach wiederholt die Forderung aus, den Prinzen Max von Baden persönlich zu sprechen. „Die Erfüllung dieses Wunsches wurde in Aussicht gestellt, erfolgte aber erst, nachdem die Wolff-Depesche über die Abdankung bereits herausgegeben war.

Auf Befehl des Kaisers setzte der Staatssekretär eine Erklärung des Kaisers an den Reichskanzler des Inhalts auf, daß der Kaiser, um Blutvergießen zu vermeiden, bereit sei, als deutscher Kaiser abzudanken, aber nicht als König von Preußen. Der Kaiser wolle auch aus dem Grunde König von Preußen bleiben, um zu vermeiden, daß durch den bei seiner Abdankung erfolgenden gleichzeitigen Abgang der Mehrzahl der Offiziere die Armee führerlos werde und sich auflöse.

Die entscheidende Wendung

trat erst durch das weitere Verhalten der Regierung ein. Während noch die oben erwähnte Erklärung niedergeschrieben wurde, telephonierte nämlich der Unterstaatssekretär Wahnschaffe aufs neue, die Abdankungserklärung müsse binnen wenigen Minuten da sein, sonst sei alles verloren. Als Staatssekretär v. Hintze die inzwischen vom Kaiser vollzogene Erklärung zu telephonieren begann, wurde er vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe unterbrochen, „das nütze nichts, es müsse völlige Abdankung ausgesprochen werden, und Herr v. Hintze möge zuhören, was ihm jetzt telephoniert werden". Im unmittelbaren Anschluß daran wurde mitgeteilt, daß bereits nachstehende Erklärung durch Wolffs Bureau veröffentlicht worden sei, die alsbald auch durch Funkspruch bei einzelnen Truppen bekannt geworden ist:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler ... vorzuschlagen."

Staatssekretär v. Hintze erhob auf der Stelle gegen dieses Verfahren entschiedenen Protest. Ihm wurde vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe erwidert, nach den Vorgängen in Berlin wäre eine andre Entschließung des Kaisers als die durch Wolff bekanntgegebene nicht zu erwarten gewesen. Später äußerte sich Geheimrat Simons in gleichem Sinne und fügte hinzu, daß mit der vom Staatssekretär von Hintze mitgeteilten Entschließung des Kaisers „nichts mehr anzufangen sei". Herr v. Hintze stellte nochmals fest, daß aus seinen Mitteilungen keinerlei Schlüsse auf den Charakter der Entschließung des Kaisers hätten gezogen werden können, und wiederholte sein Verlangen, den Reichskanzler persönlich zu sprechen. Der Prinz kam nunmehr und erklärte auf Hintzes Frage, daß die Wolff-Depesche tatsächlich ausgegeben worden wäre und daß er für sie einträte. Prinz Max von Baden hatte die Abdankung des Kaisers und Königs und diejenige des Kronprinzen veröffentlichen lassen, ohne vorher die allerhöchste Ermächtigung hierzu abzuwarten. Von einem Verzicht des Kronprinzen war außerdem bisher noch nicht die Rede gewesen. Der Kronprinz war weder orientiert, noch gefragt, noch gehört worden.

Dem Kaiser wurde die Tatsache der vom Reichskanzler erlassenen Bekanntmachung über die Abdankung gemeldet. Der Kaiser erklärte: „Ich bin und bleibe König von Preußen und als solcher bei meinen Truppen" und beauftragte den Staatssekretär, den Generalfeldmarschall und General Groener, welche kurz vorher die Kaiservilla verlassen hatten, von der neuen Wendung in Kenntnis zu setzen. Nachmittags fand in der Wohnung des Generalfeldmarschalls eine Besprechung statt, an der Groener, Schulenburg, v. Marschall, v. Hintze und Legationsrat v. Grünau teilnahmen. Es wurde von zuständiger Seite verneint, daß militärische Mittel zur Verfügung ständen, um die in Berlin ausgesprochene Abdankung rückgängig zu machen. Ferner wurde auf Vorschlag des Staatssekretärs von Hintze beschlossen, daß ein Protest gegen die Abdankungserklärung aufgesetzt und Seiner Majestät zur Unterschrift vorgelegt, vorerst jedoch nicht veröffentlicht, sondern nur als Dokument an sicherer Stelle, Hausministerium oder Militärkabinett, niedergelegt werden solle. Der Kaiser war hiermit einverstanden. Er äußerte, daß nunmehr der Generalfeldmarschall den Oberbefehl übernehmen und das Heer in die Heimat zurückführen müsse.

Es wurde endlich die Frage des Aufenthaltsortes des Kaisers erörtert. Gegen die Möglichkeit, beim Heere zu bleiben, sprachen, und zwar infolge der weiteren Entwicklung der Dinge in noch verstärktem Maße die am Vormittag vorgetragenen Gründe. Der Weg in die Heimat

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190729/1